

Zur Person



FOTO: AFP

Chefin von Pekings Gnaden

Noch vor Kurzem hatte kaum einer in Hongkong etwas gegen Carrie Lam. Als Verwaltungschefin der südchinesischen Wirtschaftsmetropole genoss die 59-Jährige den Ruf, profundes Sachwissen mit pflichtbewusster Arbeit zu kombinieren. Doch seit Peking sie als Regierungschefin der ehemaligen britischen Kronkolonie favorisierte, hat eine Mehrheit der Bevölkerung sie zum Hassobjekt erklärt. In allen Umfragen lag sie weit hinter ihrem Rivalen John Tsang. Am Sonntag ist Lam dennoch zur neuen Regierungschefin gewählt worden. Sie ist damit die erste Frau an der Spitze von Hongkong.

Genaugenommen handelte es sich gar nicht um eine Wahl – zumindest um keine freie. Entgegen allen Versprechungen durften nicht etwa die rund sieben Millionen Hongkonger entscheiden. Stattdessen traten nur rund 1200 Mitglieder eines Wahlkomitees an die Urne. 900 von diesen sind von Peking ernannte Delegierte oder Mitglieder berufsständischer Vertretungen, die ebenfalls pekington sind. Sie stimmten für Lam.

Die gebürtige Hongkongerin kommt aus armen Verhältnissen. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften trat sie in den Staatsdienst. Sie war viele Jahre in der Finanzverwaltung tätig, später für den sozialen Wohnungsbau zuständig.

Nach ihrer Wahl gab Lam zu, dass sich in der Metropole „viel Frust“ aufgestaut habe. Sie werde sich daher vor allem darauf konzentrieren, die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Doch viele bezweifeln, dass ihr das gelingen wird. Zuletzt erweckte Lam immer stärker den Eindruck, nur eine Handlangerin Pekings zu sein. Einen Vorgeschmack gab es am Montag: Die Polizei informierte mehrere Aktivisten über eine Anklage. Ihnen wird die Teilnahme an nicht erlaubten Protesten vor zweieinhalb Jahren vorgeworfen.

Felix Lee



Polizisten tragen einen Mann, der in Moskau an einer nicht genehmigten Demonstration gegen Korruption teilgenommen hatte, weg. Foto: afp

Protestwelle in Russland

Demonstrationen In Moskau nimmt die Polizei mehr als 1000 Menschen fest. Doch in der Provinz regt sich mittlerweile noch mehr Widerstand. Von Stefan Scholl

Der Tag war schon entschieden, gerade hatten Einsatzpolizisten die letzten Jugendlichen weggezerrt, die noch einmal auf den Sockel des Puschkin-Denkmal geklettert waren. Aber ein Teenager blieb dort stehen, das Mädchen kreuzte die Arme störrisch vor der Brust und machte ein so böses Gesicht, dass der junge Polizist, der sie ergreifen wollten, ratlos von ihr abließ. Aber auch sie wurde abgeführt.

Bei einer Demonstration am Sonntag in Moskau nahmen die Ordnungshüter laut der Rechtsbeobachtungsgruppe OWD-Info mehr als 1000 Menschen fest. Postsowjetischer Rekord. Nach unterschiedlichen Angaben hatten 7000 bis 25 000 Menschen an der nicht genehmigten Protestaktion im Stadtzentrum teilgenommen. Greiftrupps der Polizei begannen sofort, die aktivsten Demonstranten festzunehmen, der

nationalliberale Oppositionspolitiker Alexej Nawalny, der zu der Demonstration gegen Korruption aufgerufen hatte, landete schon nach zehn Minuten im Polizeibus. Mittlerweile wurde er zu 15 Tagen Arrest verurteilt.

Nawalny hatte angekündigt, seine Stiftung werde jede Ordnungsstrafe vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Nach Ansicht von Bürgerrechtlern haben die Beschwerden durchaus Chancen: „Nawalny hat die Kundgebung rechtzeitig angekündigt“, sagt der Menschenrechtler Lew Ponomarew, „die Behörden schlugen ihm erst im letzten Moment kaum geeignete alternative Orte vor.“ Eine genehmigte Demonstration auf der üblichen Route hätte wohl kaum Gewalttätigkeiten oder großes Aufsehen erregt.

Im Gegensatz zu den liberalen Protesten 2011/2012 geht plötzlich auch die sogenannte Provinz auf

die Straße. Laut Radio Echo Moskwy demonstrierten in 82 russischen Städten etwa 60 000 Menschen. Dabei übertrafen regionale Metropolen wie Perm mit

„Jeder Festgenommene gilt als Held. Dagegen sein könnte Mode werden.“

Juri Korgonjuk
Russischer Politologe

einer Millionen Einwohner und 3000 bis 4000 Demonstranten noch deutlich die Protestdichte der Zwölf-Millionen-Stadt Moskau. „Früher demonstrierten in solchen Städten höchstens 20 Leute“, sagt der Politologe Juri Korgonjuk. „Jetzt wurden sogar im dagestanischen Machatschkala 150 Leute festgenommen, wo es

bisher Protest nur in Form von Schießereien gab.“ Russlands totesagte Zivilgesellschaft wächst plötzlich wieder.

Teilnehmer und Beobachter des Moskauer Protestes bemerkten erstaunt, dass etwa die Hälfte der Demonstranten jünger als 25 Jahre war. „Eine neue, politisierte und vor allem opponierende Jugend“, so Korgonjuk. Viele, die am Sonntag protestierten, haben ihm Leben nur einen politischen Führer gesehen: Wladimir Putin. Aber Putin und seine Ideenwelt scheint bei ihnen nicht mehr wirklich in Mode zu sein. Der Moskauer PR-Experte Grigori Naumow schließt nicht aus, dass die jugendlichen Protestler einen neuen Trend setzen könnten. „Selfies aus vergitterten Polizeibussen sind total cool, jeder der Festgenommenen gilt bei seinen Altersgenossen als Held. Dagegen sein, könnte Mode werden.“

Regierung will Hilfe für infizierte Bluter aufstocken

Entschädigung Gesundheitsminister Gröhe plant mit zehn Millionen Euro. Der Bundestag muss noch zustimmen.

Berlin. Menschen mit Bluterkrankheit, die sich in den 1990er Jahren durch verseuchte Medikamente mit tödlichen Viren infiziert haben, erhalten auch künftig eine Entschädigung. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) will noch vor der Bundestagswahl per Gesetz sicherstellen, dass die nach dem Blutskandal eingerichtete Stiftung „Humanitäre Hilfe“ künftig jährlich zehn Millionen Euro aus Bundesmitteln erhält.

Der Stiftung, die 1995 durch das HIV-Hilfegesetz eingerichtet wurde, reicht das bisher von Bund, Ländern, Deutschem Roten Kreuz und einigen Pharmafirmen eingezahlte Geld, nur bis Ende 2017. Danach hätten die 350 noch lebenden Bluterkranken keine Entschädigung mehr erhalten. In den 90er Jahren hatten sich etwa 1800 Bluter durch Medikamente infiziert. Sie müssen dauerhaft Gerinnungspräparate einnehmen, um vor allem nicht innerlich zu

verbluten. Obwohl dem damaligen Bundesgesundheitsamt bekannt war, dass Blutspenden mit HIV und Hepatitis-C-Viren verseucht waren, ließ es die Behörde zu, dass daraus Medikamente hergestellt wurden. Seit den 1980er Jahren gab es Verfahren, um solche Arzneimittel von Viren zu reinigen. Auch Arzneihersteller wussten von der Gefahr für die Bluter. Vor allem aus Kostengründen wurden die Reinigungsverfahren aber nicht einge-

setzt. Rund 1250 der Infizierten sind inzwischen an den auf sie übertragenen Hepatitis-C- und HI-Viren gestorben.

Das Gesetz muss noch durch den Bundestag. Es soll ein ein zur Beratung eingebrachtes Gesetz angehängt werden. Alle im Parlament vertretenen Fraktionen haben versichert, die unverschuldet Betroffenen nicht im Stich zu lassen. Michael Diederich und seine Lebensgefährtin Lynn Sziklai begrüßen Gröhens Vorhaben, wer-

ten es aber als Teilerfolg. Die zwei Ulmer sammeln seit 2016 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag. Stichwort: Blutskandal-Kampagne. Diederich wurde als Kind über sein Gerinnungspräparat infiziert. Ihr Ziel: Die Entschädigung soll nicht nur fortgesetzt, sondern um die Inflationsrate erhöht werden, bereits jetzt um 26 Prozent. Sie ermöglichen den Betroffenen, wenigstens, ihre Grundbedürfnisse abzudecken. *fm*



Boiko Borissow, bisheriger und wohl auch künftiger Ministerpräsident Bulgariens. Foto: afp

Wahlsieg der Freunde Europas

Bulgarien Boiko Borissow ist wohl auch künftig Ministerpräsident. Er braucht dazu allerdings Koalitionspartner.

Sofia. Lange ist es her und fast vergessen: Nach der politischen Wende 1989 war der Verband der demokratischen Kräfte (SDS) in Bulgarien diejenige Kraft, die sich für ein Mehrparteiensystem und die freie Marktwirtschaft einsetzte. Die SDS-Regierung leitete um die Jahrtausendwende Reformen in Richtung EU-Beitritt ein. Doch nun, 20 Jahre später, kann die inzwischen in Splitterparteien zerfallene SDS-Bewegung bei der Parlamentswahl am Sonntag nicht einmal die Vier-Prozent-Hürde überwinden. Wahlsieger ist die frühere bürgerliche Regierungspartei GERB, die allerdings die absolute Mehrheit verfehlte: Die pro-europäischen Bürgerlichen kamen nach den amtlichen Zwischenergebnissen vom Montag auf 32,6 Prozent der Stimmen und verharren auf dem Niveau der Wahl von 2014.

Dem Land steht eine schwierige Regierungsbildung bevor. Zumindest zwei der aus dem SDS hervorgegangenen Parteien wären natürliche Koalitionspartner für den bürgerlichen Wahlsieger Boiko Borissow. Eine Regierungskoalition mit den nationalistischen Vereinigten Patrioten dagegen würde zu Instabilität führen, warnen Politologen. Verwirrung herrscht über die drei kleinen pro-westlichen Parteien, die unter vier Prozent blieben. Zusammen hätten sie mehr als acht Prozent der Stimmen erhalten und damit den Einzug ins Parlament locker geschafft. Für den 2013 gegründeten Reformblock um Ex-EU-Kommissarin Meglena Kunewa war das unzureichende Abschneiden von 3,06 Prozent allerdings zu erwarten. In Borissows alter Mitte-Rechts-Regierung hatten Minister aus dem Reformblock problematische oder schwierige Ressorts inne: Justiz, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft. Die angestrebten Reformen blieben wegen Widerstands im oder außerhalb des Parlaments ganz aus oder wurden wegen des Regierungsrücktritts mitten in der Amtszeit nicht vollzogen.

Andererseits machten Nationalisten und teils auch die Sozialisten (Ex-KP) Stimmung gegen die EU. Diese behandle Bulgaren wie ein „Mitglied zweiter Klasse“, hieß es im Wahlkampf. *dpa*

UN-Bericht Fortschritte ungerecht verteilt

Berlin. Weiterhin profitieren Millionen von Menschen nicht von den Erfolgen in der menschlichen Entwicklung. Das betrifft zum Beispiel indigene Bevölkerungsgruppen, ethnische Minderheiten und Migranten, wie der neue Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen zeigt. Autor Selim Jahan weist besonders auf die mangelnde Gleichberechtigung von Frauen hin: In 18 Ländern brauchen Frauen immer noch die Zustimmung ihres Mannes, wenn Sie einen Job annehmen wollen. *bf*



Protest unterstützt Ermittlungen

In Brasilien haben tausende Menschen gegen Korruption protestiert. Sie unterstützen die Ermittlungen in der „Lava Jato“-Affäre. Es geht um den Schmiergeldskandal um den staatlich kontrollierten Ölkonzern Petrobras. *Foto: dpa*

POLITISCHES BUCH

Presse besser als gedacht

Ursprünglich sollte das von den Dortmunder Journalistik-Professoren Michael Steinbrecher und Günther Rager herausgegebene Buch einen anderen Titel tragen: „Alles nur Lügenpresse?“ Dann aber entschieden sich die Herausgeber und ihre jungen Autorinnen und Autoren (allesamt Studenten oder Absolventen der TU Dortmund) dagegen, diesen Kampfbegriff zu verbreiten, ohne allerdings darauf zu verzichten, sich mit diesem pauschalen Vorwurf intensiv auseinanderzusetzen. Überhaupt ist der Band auf eine wohlthuende Art selbstkritisch. Das Vorwort und die Aufsätze nehmen den

Anspruch, den „Journalismus auf den Prüfstand“ zu stellen, sehr ernst. Kritisch hinterfragt werden das Selbstbild von Journalisten, ihr Umfeld, ihr Arbeitsethos, ihr Werkzeug und ihre Rolle als Vermittler von Informationen wie als Wegweiser durch ein immer unüberschaubarer werdendes Geflecht von Nachrichten, Spekulationen und Desinformation. Dass der Vertrauensverlust, den die Medien erlitten haben, mit dem Aufblühen der digitalen Konkurrenz zu tun hat, aber nicht nur, wird debattiert. Auch der Vorwurf, Journalisten ließen sich steuern oder seien nur allzu gern bereit,

sich dem Mainstream oder politischer Korrektheit zu unterwerfen, wird nicht verschwiegen. Alles in allem zeugt das Buch von einer sehr reflektierten Haltung, die Mut macht und signalisieren sollte, dass es um diesen Berufsstand denn doch nicht so schlecht bestellt ist. *Gunther Hartwig*



Michael Steinbrecher/Günther Rager (Hg.): Meinung, Macht, Manipulation. Westend Verlag, Frankfurt, 2017. 240 Seiten. 18 Euro.